

# Estland

Wim van Meurs

Die Volatilität der estnischen Politik zeigte sich mit der Auswechslung der Res Publica in der Koalition von Juhan Parts durch die Zentrumsparterie am 13. April 2005 unter dem neuen Premier Andrus Ansip. Kurz darauf fusionierte die kleinere Rentnerparterie mit der Zentrumsparterie von Edgar Savisaar, die seit September 2004 als bis dahin größte Fraktion einige Dutzend Abgeordnete verloren hatte. Debatten über die Vereinfachung des Wahlsystems und eine Direktwahl des Präsidenten führten bislang nicht zum Erfolg. Erwähnenswert ist ein Konzept für die Entwicklung der Zivilgesellschaft (Implementierung ab August 2004), das die technokratischen Tendenzen in der Politik und der – trotz der durch „e-governance“ geschaffenen Transparenz – großen Distanz zwischen Politelite und Gesellschaft in dem Kleinstaat als Problem identifizierte.<sup>1</sup>

## Europapolitik

Wie schnell Neumitglieder zu Altmitgliedern werden, zeigte sich bei den ersten Europawahlen am 13. Juni 2004: Nur 27 % der Esten beteiligten sich daran (64 % beim Beitrittsreferendum im September 2003). Dafür zeigte der Wähler seine Wertschätzung für die Parteien, die Estland im vergangenen Jahrzehnt durch eine konsequente Reformpolitik zum Vorreiter des Beitrittsprozesses gemacht hatten: Von den 6 EP-Sitzen gingen fünf an SD, PPU (heute in der Opposition) und nur einer an die regierende Reformparterie. Die anderen Koalitionsparteien Res Publica und Volkunion gingen ebenso leer aus wie die neue Russische Partei der EU von Georgij Bystrow. Anzunehmenderweise signalisiert die geringe Beteiligung eher generelle Politikverdrossenheit als Euroskepsis, da die Zustimmung zur EU nach dem Beitritt bis Ende 2004 wieder von 57 % auf 72 % anstieg. Seitdem hat sich die EU-Verfassungskrise bemerkbar gemacht: Im Juni 2005 gehörten 66 % der Esten zu den Befürwortern, 30 % zu den Gegnern der EU.<sup>2</sup> Noch vor dem EU-Beitritt hatte Estland sich ein nächstes ambitioniertes Ziel gesetzt: die Erfüllung der Maastrichter Kriterien und die Aufnahme in die Euro-Zone Mitte 2006. Am 27. Juni 2004 trat Estland dem Wechselkursmechanismus II bei. Der estnische Kandidat Siim Kallas wurde in der Barroso-Kommission zum Vizepräsident für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung ernannt. In kleinem Maßstab beteiligt sich Estland an Peacekeeping-Missionen in Afghanistan, auf dem Balkan und in Irak. Besonderes Augenmerk der aktiven Außenpolitik von Kristiina Ojuland gilt jedoch dem postsowjetischen Raum, u.a. durch Unterstützung des neuen Regimes in Georgien.

## Wirtschaft, Privatisierung und Handel

Die Wirtschaft wird getragen von den hohen Wachstumserwartungen – 5,5 bis 6 % für 2005 bis 2008 – eine niedrige Inflation (3,1 % im Juni 2005 auf Jahrbasis) sowie eine Industrieproduktion, die 2005 mehr als 50 % über dem Niveau von 1998 liegen wird. Nicht unerheblich für die kleine estnische Volkswirtschaft war außerdem der Zuwachs um 30 % im Tourismus im ersten Jahr nach dem EU-Beitritt. Wermutstropfen bilden der stetige Rück-

<sup>1</sup> L.W. Barrington, „Estonia“, in: Nations in Transition 2005 (New York 2005).

<sup>2</sup> EMOR-Umfrage im Juni 2005: [www.vm.ee/eng/euro/kat\\_315/2973.html](http://www.vm.ee/eng/euro/kat_315/2973.html)

gang der Bevölkerung (geschätzte 7 % seit 1998), die hohe Arbeitslosigkeit, die nach einem Höchststand von fast 14 % (2000) 2004 mit 9,7 % fast das Niveau von 1998 wieder erreicht hat, und ein Staatshaushaltsdefizit von 1,7 % (2004) nach langen Jahren mit einem Überschuss. Bei den Auslandsdirektinvestitionen (2004 549 Euro pro Kopf) gehört Estland nach wie vor zu den Spitzenreitern. Eine „flat tax“ von 24 % und Steuerbefreiung für rückinvestierte Gewinne gehören zu Estlands Standortvorteilen.<sup>3</sup>

### **Außenpolitik, Regionalkooperation und Minderheitenpolitik**

Wie bei den beiden baltischen Nachbarn wurden auch Estlands Beziehungen zu Russland zunehmend von der EU-Politik dominiert. Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) der EU mit Russland würde nach dem Beitritt Estlands mit der 1995 gegen dieses Land verhängten Strafe der Doppelbezollung kollidieren. Trotz gegenteiliger Drohungen sah Moskau sich gezwungen, das PKA mit der EU kurz nach der Erweiterung auch auf die neuen Mitgliedstaaten und insbesondere auf die baltischen Staaten auszudehnen, ohne Brüsseler Zugeständnisse in Sachen der baltischen Minderheitenpolitik.<sup>4</sup> Als diese Hürde genommen war, zeigte sich Moskau am 18. Mai 2005 sogar bereit, den seit Jahren auf Eis gelegten Grenzvertrag zu unterzeichnen. Tallinn insistierte auf einer Erwähnung des Friedensvertrages von 1920, der eine etwas weiter östlich gelegene Grenze festschrieb, in Zusammenhang mit dem neuen Grenzvertrag – nicht als Territorialanspruch, sondern aus Gründen der Staatslegitimation.<sup>5</sup> Als die Riigikogu bei der Ratifizierung die Präambel um just diesen Verweis auf den Tartuer Vertrag erweiterte, machte Moskau seine Unterschrift rückgängig, wohl in der Hoffnung, dass die EU Estland die Mitgliedschaft im Schengener Abkommen versagen würde.

Nicht nur mit dem Tartuer Vertrag von 1920, sondern auch mit dem 60. Jahrestag des Kriegsendes drohte die Geschichte die estnisch-russischen Beziehungen zu stören. Um sein Missfallen über EU- und NATO-Integration der ehemaligen Sowjetrepubliken und vor allem auch deren prominente Rolle in der Unterstützung der Orangenen Revolution in der Ukraine und der Rosen-Revolution in Georgien deutlich zu machen, war Moskau sich nicht zu schade, mit Einfrierung der Handelsbeziehungen, Mobilisierung der russischen Minderheiten und Nichtunterzeichnung des Grenzvertrages zu drohen. Im Vorfeld der 60-Jahr-Feier in Moskau versuchte der Kreml, mit der Einladung an Präsident Rüütel Estland seine Sicht der Geschichte – der freiwillige Anschluss Estlands 1940 und die Befreiung durch die Rote Armee 5 Jahre später – aufzuzwingen, bis hin zur Inrechnungstellung der Besatzungskosten nach dem Krieg.<sup>6</sup> Anders als seine lettische Amtskollegin Vaira Vike-Freiberga lehnte Rüütel Putins Einladung mit den Worten ab, dass für sein Land „der Krieg erst mit dem Abzug des letzten russischen Soldaten endete“.<sup>7</sup> Die doppelte Besatzungsgeschichte erschwerte auch in Estland selbst die Aufarbeitung der Geschichte: Ein von Veteranen, die im Zweiten Weltkrieg auf der Seite Hitler-Deutschlands gegen die Rote Armee gekämpft hatten, in Lihula errichtetes Monument sorgte im Herbst 2004 national und international für Aufregung und wurde rasch entfernt.<sup>8</sup>

In Estland selbst verliert die Frage der Russischsprechenden und der Nichtstaatsbürger an Schärfe, obwohl der Einbürgerungsprozess sich weiterhin hinzieht, nicht zuletzt weil 2004 entsprechende Gesetzesnovellen im Parlament scheiterten.

3 Estonian Ministry of Economic Affairs, „Economy at a Glance“ (19.05.2005) [www.vm.ee](http://www.vm.ee)

4 Eurasia Daily Monitor 1/1 (03.05.2004); I. Kempe, A. Heindl, „Kreml ante portas“ (17.05.2004) [www.cap-lmu.de](http://www.cap-lmu.de)

5 Siehe dazu die Regierungserklärung (18.05.2005): [www.valitsus.ee/?id=4454](http://www.valitsus.ee/?id=4454)

6 Eurasia Daily Monitor 1/99 (05.10.2004); 2/49 (11.03.2005).

7 RFE/RL Newline (09.05.2005).

8 Baltic News (28.09.2004).